

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

274 (23.11.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 7 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 7 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 6 M monatlich. — Einzelheft 80 S. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitensstr. 21. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 140 M. Die Restzeile 4.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 5 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor

Der Reichskanzler über Reparation und Kreditaktion

Erklärungen im Steuerausschuß des Reichstages

Berlin, 22. Nov. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde heute die Generaldebatte über die neuen Steuerentwürfe der Regierung fortgesetzt. Nach dem Reichswirtschaftsminister Schmidt nahm der

Reichskanzler Dr. Wirth

das Wort und führte u. a. aus:

Die Reparationskommission ist ausschließlich nach Berlin gekommen, um die Sicherheiten für die Zahlungen in Gold am 15. Januar und Februar festzustellen und um den alliierten Regierungen Mitteilung darüber machen zu können. Alle diejenigen — und dazu zählen auch wir —, die gemeint haben, daß hier nun der Augenblick gekommen sei, das große Problem der Reparationen zu erörtern, sind enttäuscht. Wir haben in mehreren Sitzungen die von mir berührten Probleme angeschnitten, es ist auch über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Zahlungen gesprochen worden. Die Frage eines Moratoriums ist nicht zum Gegenstand einer offiziellen Diskussion gemacht worden, da die Reparationskommission erklärte, nicht in der Lage zu sein, über ein solches Thema mit uns zu verhandeln. Ebenso ist nicht das Problem eines fogen. bedingten Moratoriums behandelt worden, das etwa dann einzutreten hätte, wenn die Januar- und Februarzahlung getätigt wären.

Der Reichskanzler sagte sodann zusammen: Ueber die großen Fragen ist nicht verhandelt worden. Die Reparationskommission war nach ihrer eigenen Erklärung bezüglich dieser Fragen ohne Instruktionen. Im Laufe der Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß die gesamte Reparationskommission, wie auch die einzelnen alliierten Regierungen mit außerordentlicher Sorgfalt, ich darf auch sagen mit außerordentlicher Offenheit, der Kreditaktion der deutschen Industrie und den Verhandlungen der Industrie mit der deutschen Regierung gefolgt sind. Mehr als einmal ist von Seiten der Reparationskommission der Wunsch an mich herangetragen, definitives über den Stand dieser Kreditaktion zu erfahren. Der Reichskanzler machte dann Mitteilung davon, daß auf die Reparationskommission die Erklärung, eine positive Antwort über die erwartete Hilfe der Industrie könne noch nicht gegeben werden, außerordentlich verblüffend und enttäuschend gewirkt habe. Die Reparationskommission habe zuerst ihre Absicht in Ermägung gezogen, sich aber dann entschlossen, ihre Besprechungen in Berlin weiterzuführen, in der Hoffnung, daß die Verhandlungen des Reichskanzlers mit der Industrie doch wenigstens einige Anhaltspunkte für einen Erfolg ergeben würden.

Es laufen also zwei Dinge parallel: 1. die Verhandlungen mit der Reparationskommission und 2. die Kreditaktion, wie sie von der Industrie angeregt wurde. Im weiteren Verlauf machte Dr. Wirth noch einige Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen mit der Industrie. Im Verlauf seiner Mündlichen Resolution hat der Reichsverband der Industrie offizielle Erklärungen zu der Kreditaktion und zu den fogen. Bedingungen überreicht. Es ist ganz klar, daß die Bedingungen, die die deutsche Industrie aufgestellt hat, die Aufstellung der schwersten Probleme bedeutet. Die Reichsregierung beabsichtigt in einer positiven Darstellung, die unverzüglich notwendigen Maßnahmen in kürzester Frist mitzuteilen. Wir werden unverzüglich — die Arbeiten dafür sind begonnen — die positive Antwort im Sinne unserer Handlungsabsicht Ihnen darlegen. Die Regierung und auch die Industrie haben Schritte getan, um bei den fremden Geldgebern, insbesondere auch in England zu sondieren, wie sich der Weltmarkt etwa verhalten würde, bei der Frage der Aufnahme eines langfristigen Kredits. Die Erklärungen und Besprechungen nach dieser Richtung hin sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht verleugnen, daß mit den Sondierungen sich die Frage der langfristigen Kredite auf das engste verknüpft erweist mit der Frage der Washingtoner Konferenz und daß trotz gewisser Bereitwilligkeitserklärungen sich ernsthafte Ansichten für eine langfristige Kreditaktion auf dem Weltmarkt erst dann eröffnen, wenn die Washingtoner Atmosphäre sich etwas gelockert haben wird. Die Bereitwilligkeit aber, über diese Probleme mit uns zu verhandeln, ist zur Stunde noch nicht vorhanden. Die Fragen verdrängen sich also zu folgender Frage: Ist die Reichsregierung und die Industrie bereit, eine Kreditaktion auch dann aufzunehmen, wenn es sich nicht um einen langfristigen Kredit handelt?

Die Wirkung dieser kurzfristigen Kredite ist absolut klar. Aber wenn Sie mich fragen, ob es falsch wäre, daß wir für 270 Millionen Kredit aufgenommen haben, so halte ich die Abbedingung

durch kurzfristige Kredite für eine absolute Notwendigkeit. Aber nun ist die Frage eine sehr ernste, ob wir uns von Seiten der Regierung oder auch der Industrie auf einen weiteren deutschen Kredit einlassen können. Es ist klar, daß wenn wir zur Abdeckung der Januar- und Februarraten, sofern sie in Gold bezahlt werden müssen, einen Kredit von nur wenigen Wochen, oder nur von 2 bis 3 Monaten aufnehmen müßten, ein solcher Kredit für unsere Währung absolut ruinös sein würde. Wenn ein Kredit nötig ist, so muß er viele Monate umfassen, damit die deutsche Industrie in der Lage ist, ihn abzudecken. Ich bin überzeugt, daß die Erkenntnis, daß ein kurzfristiger Kredit nichts bedeutet, im Gegenteil, daß er nur Pain schaffen würde, auch bei der Reparationskommission vorherrschend ist, wie auch diese Erkenntnis in England, soweit wir unterrichtet sind, allgemein ist.

Die gesamte Frage verdrängt sich also dahin: Wird die Reichsregierung es erreichen, durch Besprechungen in London und auf anderen Weltmärkten einen Kredit so zu beschaffen, daß er in einem gewissen Zeitraum sich unter Berücksichtigung der Gesamtlage abdecken läßt? Verhandlungen nach dieser Richtung hin sind aufgenommen. Ob sie Erfolg versprechen, kann ich jetzt noch nicht bestimmen; ausichtslos sind sie nicht. Die Industrie ist, wie sie mittelst, entschlossen, das Problem der Kreditaktion auf lange Sicht kräftig weiter zu fördern. Sie denkt auch nicht daran, unter Förderung der Kreditaktion auf lange Sicht vielleicht einen Versuch zu machen, der zur Abdeckung der Januar- und Februarrate herangezogen werden könnte. Es wird wohl nicht angedacht, daß die Reichsregierung und die Industrie jedes für sich in Aktion tritt. Ich nehme an, daß beide Teile — für unseren Teil habe ich es bereits ausgesprochen und von der Gegenseite ist es mir mündlich bestätigt worden — dazu bereit sind, die Aktion in den nächsten Tagen fortzuführen. Ich weiß, daß die Industrie ihre Verbindungen und Voraussetzungen auch heute nicht fallen gelassen hat. Ich erkläre Ihnen aber hier, daß ich nicht in der Lage bin, die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen Problemen zu verbinden.

Später nahm der Reichskanzler Dr. Wirth nochmals das Wort. Minister Hermes erteilte Auskunft über einige Fragen der Statistiker und besonders den Einfluß der Geldentwertung auf die Gestaltung des Etats. Hierauf sprach Abg. Dr. Fischer (Dem.). Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Vorstoß des Abg. Dr. Pahnke (Dem.) beschloffen, daß die Beratung der Steuerentwürfe zunächst in getrennten Ausschüssen und etwa in der nächsten Woche wieder in den vereinigten Steueraussschüssen geschehen soll.

Berlin, 22. Nov. Im Steuerausschuß kam Dr. Fern (U.S.) auf die Londoner Reise von Sinnes zu sprechen, die er ein sehr gefährliches Beginnen nannte, denn Sinnes sei der Vater der Kreditaktion erschwerenden Bedingungen und habe die Kreditaktion hierdurch vereitelt.

Abg. Dr. Spahn (Str.) glaubt nicht, daß unsere Schwierigkeiten so groß sind, daß wir schon jetzt unsere Leistungsfähigkeit erklären müssen. Reichskanzler Dr. Wirth warnt davor, eine Katastrophe von heute auf morgen anzukündigen. In allen Privatgesprächen mit Mitgliedern der Reparationskommission sei die Ansicht von der Prosperität der deutschen Wirtschaft und der deutschen Industrie zutage getreten. Ein Mitglied der Reparationskommission habe erklärt, es müsse ein leichtes sein für die deutsche Industrie, durch ihre Guthaben im Ausland den fraglichen Betrag von 500 bis 600 Millionen Mark sofort zu entnehmen. Der Kanzler habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, diese Guthaben festzustellen. Er habe eingewilligt, daß die Industrie durch eine freiwillige Tat einen Kredit zur Verfügung stelle. Nur ein solches deutlich sichtbare Opfer könne seiner Auffassung nach auch zur Verhütung der innerpolitischen Lage beitragen. Die Reise Sinnes nach London sei die Reise einer Privatperson; auf die Regierung natürlich keinen Einfluß habe. Allerdings habe Sinnes der Regierung von seiner Reise vorher Mitteilung gemacht. Die Fühlungsnahme führender Kreise mit dem Auslande sei sehr zu begrüßen.

Die Gewerkschaften überreichen ihre Forderungen

Berlin, 22. Nov. Der Reichskanzler empfing heute Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenverbands, die die durch die Prehre bereits bekannt gewordenen Forderungen zur Hebung der Finanznot des Reiches überreichten. Die Vertreter der genannten Verbände erläuterten ihre Forderungen eingehend. Die Stellungnahme der Reichsregierung wird in einer zweiten Sitzung bekanntgegeben werden, die binnen kurzem stattfinden wird.

Neue Maßnahmen gegen den Wucher

Berlin, 23. Nov. Wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, wurden gestern sowohl im Reichswirtschaftsministerium als auch in der Reichskanzlei die durch die Teuerung und die Veränderungen von Verkaufsständen in Berlin geschaffene Lage besprochen. An den Besprechungen nahmen der Reichskanzler Dr. Wirth, der Minister des Innern Dr. Brüder, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsjustizminister Madenrad teil. Vom preussischen Staatsministerium waren Ministerpräsident Braun und der Minister des Innern Severing erschienen. Das Reichs-

kabinett wird vermutlich heute auf Grund der getriggen Informationen die zu ergreifenden Maßnahmen gegen den Wucher erwägen. Nach den Informationen des genannten Blattes sei ein Umbau der bestehenden Preisprüfungs-Kommissionen beabsichtigt. Sie sollen durch Institutionen abgelöst werden, in denen die Konsumenten eine stärkere Mitwirkung gesichert werde wie bisher. Auch soll diesen Institutionen im Zusammenhang mit den Polizeibehörden eine größere Stetigkeit verliehen werden, damit sie bei Fällen von Wucher und Preisverweigerung sofort eingreifen können.

Bismarcks Blut- und Eisenpolitik

Ein historischer Rückblick mit politischen Folgerungen

Diejenigen Kreise der Deutschnationalen, die nicht mehr unbedingt zu Wilhelm's verächtlicher Fahne schwören, verurteilen laut der Republik die Lehre, daß nur eine Rückkehr auf Bismarck's Methoden politischer Staatsweisheit und Staatslenkung eine Gesundung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen könne. Die ständige Wiederholung dieser These, die allmählich geradezu zu einem politischen Postulat unserer rechtsstehenden Kreise geworden ist, entwickelt sich nachgerade zu einer Gefahr für die Republik, da die Möglichkeit besteht, daß weite Kreise des Bürgertums und — wenn auch geringere — der Arbeiterschaft von ihr angezogen werden.

Vor mehreren Jahrzehnten schon fand sich in der Person des großdeutschen Politikers Konstantin Frank ein Kritiker der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik, der hätte man auf seine Warnungen gehört, der deutschen Politik schon zu Bismarck's Zeit eine Wende im antibismarck'schen Sinn zu erzielen in der Lage gewesen wäre. Friedrich Wilhelm Förster nimmt diese Gedanken Frank's, die leider auch heute noch nicht der unverdienten Vergessenheit entrissen sind, in seiner „Politischen Ethik“ sowie in einem lobens als Sonderdruck erschienenen Heft „Bismarck's Wert im Lichte der föderalistischen Kritik“ auf und bringt überraschende Nachweise der verheerenden Folgen Bismarck'scher Staatskunst. Zutreffend und prägnant schreibt Förster:

„Man sagt man freilich, die Schuld an dieser katastrophalen Gestaltung sei nicht Bismarck, sondern seinen Epigonen zuzuschreiben. Eine solche Auffassung bleibt psychologisch ganz an der Oberfläche. Bismarck war es, der zuerst mit ganzer Konsequenz die innere und äußere deutsche Politik auf das preussische Meer stellte, wobei dieses nicht etwa nur ein technisches Mittel zur Durchsetzung ganz anderer gearteter Ziele abgab: Kein die Herrschaft des preussischen Schwertes innerhalb Deutschlands und draußen wurde selber Sinn und Ziel der Politik, eines uniformierten Staatsvolkes, bewußt und unbewußt — diese Politik kannte nicht das Du und Ich, sondern nur das „Du oder Ich“ und mußte daher unaufhaltsam alle großen und kleinen Konflikte zur letzten Gewaltprobe treiben. So verlangte es der Dämon der preussischen Schuld.“

Inmitten der entseelten Kräfte waltete Bismarck wie ein Tierbändiger zwischen wilden Bestien; er vermochte sie zu bannen, er hegte sie aufeinander, was er aber nicht vermochte, war, die ihnen innewohnenden wilden Triebe auf die Dauer zu beseitigen. Von außerordentlichem Interesse ist ein Brief, den Björnson im Jahre 1890 anlässlich des Rücktritts Bismarck's an seine Tochter Bergliet Jbsen schrieb und in dem es heißt:

„Mit all seinen Augenblicksfolgen war Bismarck doch ein kurzfristiger Mensch, der nicht die Zukunft aufbaute, sondern Sieg auf Sieg gewann im Kleintum der Gegenwart — ein Schachspieler, der alle Spiele gewann, darüber aber die Zukunft verlor.“

Ist es ein Wunder, daß die vom Geiste bismarck'scher Machtpolitik ergriffenen Zeitgenossen selbst einem Machttausch verfielen, dessen Gefahr erst das beginnende 20. Jahrhundert in seinem vollen Umfange erkennen ließ? Die Geschichtsschreibung verfiel der nationalen Waise. Ranke und Sybel stellten sich in den Dienst der Verherrlichung des nationalen Prinzips. Der über-nationale Gedanke, das das mittelalterliche Kaiserium beherrschte, wird vergessen und der gewaltige Unterschied des alten universalistischen, übernationalen und darum weltführenden deutschen Reiches wird, wie Förster zutreffend bemerkt, von dem neuen preussisch bismarck'schen Nationalstaat ganz und gar verwißt.

Besonders interessant ist, daß Bismarck's Politik, die angeblich von rein deutschem, rein nationalem Geist gelenkt war, in Wirklichkeit eine verkehrte Anwendung westeuropäischer Prinzipien auf deutsche Verhältnisse war. Frank macht in diesem Sinne Bismarck den Vorwurf, daß er in Wirklichkeit eben doch unbewußt seine ganze Aktion in den Dienst einer die Zeit beherrschenden, sehr oberflächlichen Theorie gestellt habe und zwar der Theorie von der auf dem Nationalstaat aufgebauten Großmacht; aus diesem Vorstellungs-kreis heraus habe Bismarck Politik getrieben, ohne viel zu fragen, inwieweit diese Ideen einer inneren Wahrheit des Völklerlebens entspräche, inwieweit sie auf die besonderen Verhältnisse, Traditionen und Gaben Deutschlands und andererseits auf die heutige Weltlage anzuwenden seien. Zusammenfassend bemerkt Förster:

„In Wirklichkeit kann diese Großmachttheorie nicht als würdiges Ziel einer hochstrebenden Politik anerkannt werden. Diese rein individualistische Großmachttheorie ist vielmehr nur eine kurze Phase des politischen Denkens, eine Verirrung, sie war für uns eine falsche Nachahmung des Westens, sie konnte nur in jenem Interregnum aufkommen, in dem die mittelalterliche Vorstellung der „civitas humana“ zerfallen war, ohne daß neue große weltorganisatorische Ideen an ihre Stelle getreten waren. Diesem Interregnum des hohen National- und Territorial-Egoismus entsprach ein wahrhaft armseltiger Zustand der politischen Wissenschaft. Man kannte nur noch den einzelnen

Vertical text in the left margin containing various small advertisements and notices.

gend. Möge die Zuverlässigkeit der Beamtenschaft auch fernerhin sich bewähren.

Die Abstimmung

Die neue Besoldungsordnung wird mit allen Stimmen gegen 5 Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen in beiden Besoldungen angenommen.

Einstimmig angenommen wird folgende Entschliessung:

Der Landtag befragt aufs lebhafteste, daß ihm durch das Besoldungs-Erregnis die Möglichkeit genommen ist, für die Beamten der unteren Gruppen höhere Gehälter, insbesondere gegenüber den Sähen der höchsten Gruppen und den Einzelgehältern, vorzusehen. Er bedauert aufs äußerste, daß den Einträgen und Anregungen der badischen Regierung auf eine sozialere Ausgestaltung der Besoldungsordnung hinsichtlich des Grundgebhalts und der Ortszuschläge sowie auf Bemühen um Mindest-Zerlegungszuschläge zur Sicherung des Existenzminimums von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstag nicht stattgegeben wurde.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen wird folgende Entschliessung angenommen:

Die Regierung wird ersucht, anlässlich der Nachprüfung der Besoldungsordnung für das Reich bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß eine Aenderung des § 16 des Reichs-Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 in der Fassung vom 24. März 1921 dahin erfolgt, daß Alterszuschläge für Kinder vom 16. bis zum 21. Lebensjahr nur gewährt werden, wenn sie nicht eigenes Einkommen haben, und wenn die Kinder sich noch in Schul- und Berufsbildung befinden oder aus sonstigen wichtigen Gründen (z. B. Gesundheitszustand der Kinder oder der Eltern) einem Erwerb nicht nachgehen können.

Die Druckerarbeiten des Landtags

Abg. Dr. Mayer-Karlstraße (D.) berichtet namens des Geschäftsordnungsausschusses über den Verlauf bezüglich Herstellung der Druckerarbeiten für die Landtagsperiode 1921/22. Die Arbeiten werden wie bisher an die Druckerei Badenia vergeben, die sie in gewohnter Weise nach einem Verteilungsschlüssel den Druckereien zuteilt.

Aenderung des Diätengesetzes

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über die durch Geldentwertung notwendig gewordene Aenderung des Diätengesetzes. Demzufolge wird nunmehr der Zerlegungszuschlag auf 140 vom Hundert erhöht. Das Tagesgeld beträgt nunmehr für Karlsruhe Abgeordnete 72 M., für auswärtige Abgeordnete 120 M.

Präsident Wittenmann teilt mit, daß vom Finanzministerium eingehen wird ein Gesuchentwurf über die Aenderung des Besoldungsgesetzes und des Diätengesetzes. Ferner ist in Vorbereitung der 5. Nachtragsetat. Diese Gegenstände gehen sofort an den Ausschuss, um sie für das Plenum fertigzustellen.

Soziale Rundschau

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes

Die bisherige, im allgemeinen günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat angehalten; die Erwerbslosenquote ist gegenüber der Vormonats noch um etwas gesunken, sie belief sich am Ende der Berichtsmoat auf 8,87.

In der Metall- und Maschinenindustrie wurden Arbeiter und Inflationaleure, sowie Elektromonteur in größerer Zahl angefordert. Die Pforzheimer Edelmetallindustrie zeigt wiederum eine Besserung. Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist unverändert hoch geblieben; in der Lederindustrie hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften gebessert.

Die Wirkungen der Vandalensteuer seit 1. April 1921 bis Ende September in Baden

Nicht allein die an der Tabakindustrie beteiligten Kreise haben ein Interesse daran, zu erfahren, wie sich das Tabaksteuererregnis ausgewirkt hat, sondern auch die allgemeine Öffentlichkeit.

April 1921 66 108.40 M. an 298 Berechtigten

Mai 67 180.40 " " 353 "

Juni 204 842.85 " " 1174 "

Juli 211 633.10 " " 1229 "

August 338 41.40 " " 1179 "

September 460 866.77 " " 1621 "

Zusammen 1348 472.92 M.

Am Schlusse des Monats September 1921 waren noch 885 Anträge unerledigt. Nach diesen Feststellungen sieht also fest, daß seit der Erhöhung der Vandalen auf 1. April 1921 (von 25 auf 35 Proz.) die Betriebseinschränkungen resp. die Arbeitslosigkeit immer schärfere Formen angenommen hat, jedoch am 30. September mindestens 2400 Unterstützungsberechtigte vorhanden waren in Baden.

15 Prozent erhöht worden. Daß die Zahl der geschädigten Tabakarbeiter von diesem Moment an größer geworden, wird die weitere Statistik bestätigen. Von Wichtigkeit wäre zu erfahren, wie die Arbeiterbeschäftigungen sich gestaltet haben seit Inkrafttreten des Tabaksteuererregnisses am 1. April 1920 und zwar im ganzen Reich.

An die Tabakarbeiter in allen Orten ergeht der Ruf, sich immer enger und enger zusammenzuschließen im neuen Tabakarbeiterverband, damit ihre Interessen nach Möglichkeit gewahrt werden können.

Honorarkreis zwischen Ärzten und Krankenkassen

Das am 31. Oktober tagende Schiedsamt im Reichsarbeitsministerium hat den Krankenkassen trotz der noch laufenden Verträge mit den Ärzten Honorarerhöhungen bis zu 100 % durch Schiedsspruch auferlegt.

Gewerkschaftliches

Vorsorge für die kommende Arbeitslosigkeit

Am 10. November fand unter Vorsitz des Ministers Dr. Braun eine Besprechung der Spitzenverbände der Arbeiter und der Unternehmer darüber statt, ob und wie sich schon jetzt Maßnahmen für die kommende Arbeitslosigkeit ergreifen lassen.

Badische Politik

„Verjudung“ der badischen Justiz

Der „Bad. Beobachter“ veröffentlicht in seiner Nr. 265 vom 17. ds. Mts. die folgende Zuschrift:

Die geschätzte Seite der „Süd. Zeitung“ (Bad. Rundschau Nr. 265), welche die badische Rechtsanwaltschaft als eine Hammelherde zu werten sich erdreiste, die auf gut oder schlecht nicht reagiert, beschließt sich nebenbei auch mit der badischen Justiz. Sie schreibt:

In Baden beeinflusst der jüdische Rechtsanwalt Marx unter Zustimmung des Zentrums die Ernennung der Richter. Wir stehen vor der Gefahr der „Verjudung“ der Justiz, und die Zentrumleitung leiht zu ihr ihren Arm.

Glaubt wohl der deutschnationalen Artikelreiber, daß die Zentrumleitung ganz selbstlos dem Staat und dem ehmaligen Justizminister Marx um ihren Arm leihet? Da mag es ihm allerdings gruselig werden! Wie lang mag es da noch gehen, und sämtliche höhere Richterstellen sind totischer mit Juden und Zentrumleuten besetzt!

Keugierig, wie ich nun einmal bin, erkundigte ich mich in Juristenkreisen, wie weit die Gefahr schon vorgeschritten ist, zumal doch die höchste badische Richterliste bereits seit vier Jahren mit einem Zentrumsmann (Dr. Jöbner) besetzt ist — zum ersten Mal seit Bestehen des obersten Gerichtshofs! Von den zwölf Landgerichten und Senatspräsidenten sollen zwar zwei Juden, aber kein einziger ausgesprochener Zentrumsmann sein.

Immerhin sind aber zwei Katholiken unter ihnen, und wer weiß, ob sich nicht ein schwarzes Herz in ihrer Brust verbirgt. (Die geschätzte Seite der „Badischen Rundschau“ weiß da vielleicht doch besser Bescheid!) Von den übrigen acht Herren seien aber bestimmt sieben evangelischer und einer altkatholischer Konfession. Zwei Katholiken, und vielleicht ist die nicht recht schwarz, bedeuten gewiß noch keine Gefahr! So glaube ich von weiteren Nachforschungen absehen zu dürfen. Möglich, daß der Deutschnationalen Katholikenauschuss weiterforscht!

Gegen Wucher und Teuerung

Der badische Preisprüfungsausschuss in Pforzheim hat im Auftrag des Stadtrats dem badischen Landtag die in einer Sitzung gefassten Beschlüsse über die Teuerungszustände unterbreitet.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

Die Beschlüsse der Preisprüfungskommission sind dem Landtag erbracht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Preissteigerung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die maßgebenden Dienststellen erneut anweist, bei Fällen der Preissteigerung und des Wuchers nur die schärfsten Strafen zu verhängen.

90 M. — Innerhalb dieser Grenzen wird die Vergütung für die Verpflegung mit Rücksicht auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Kranken oder sonst Zahlungspflichtigen bemessen; jedoch sind in der Regel zu erheben: A. Für Badener: in der 1. Klasse 55 M., in der 2. Klasse 35 M., in der 3. Klasse 20 M., B. für nichtbadische Reichsangehörige: in der 1. Klasse 70 M., in der 2. Klasse 45 M., C. für Reichsausländer: in der 1. Klasse 125 M., in der 2. Klasse 75 M. Die neuen Sätze treten mit dem 20. Nov. 1921 in Kraft.

Neue Verordnungen. Ueber die Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, wonach für die Feststellung des Wertes der in ausländischer Währung eingetragenen Hypothek oder Grundschuld die amtlichen Notierungen der Frankfurter Börse für telegraphische Auszahlungen maßgebend sind.

Protektionismus und Fagenschieß. Die Badische Landwirtschaftskammer schreibt: In Nr. 262 des „Volksfreunds“ steht in einem Artikel „Protektionismus und Fagenschieß“ folgendes, auf die Badische Landwirtschaftskammer bezüglicher Satz: „Bernhard Hebele, Gutinspektor aus dem Weidenburgischen und später Direktor der Badischen Seidlungs- und Landbank, sah während des Krieges in Reg als Oberleutnant und versorgte die deutsche Armee mit Pferden, die ihm die Badische Landwirtschaftskammer lieferte.“

Jugend und Sport

Freie badische Spielvereine im Arbeiter-Turn- und Sportbund

Stand der Spiele der Vorrunde der Herbstserie im 10. Kreis, 8. Bezirk

Table with columns: Vereine, Spiele, Gew. Verl. Inent. Punkte, Tore. Includes sub-tables for Sonderklasse Gruppe 1 and 2, Klasse A Gruppe 3, and Klasse B Gruppe 4.

Den Vereinen aller Gruppen wird zur Pflicht gemacht, sobald Auffstellung der Tabelle dem Bezirksleiter sämtliche Resultate der 2., 3. und 4. Mannschaft sofort einzusenden.

Es soll auch noch Fußballspiel? Ein Leser unseres Blattes, der auch Freund eines gesunden Fußballsportes ist, schreibt uns: Wer am Sonntag dem Fußballspiel des Fußballvereins gegen Germania-Durlach zusah, glaubte schon mehr bei einem spanischen Stiergefecht anwesend zu sein.

Parteienoffen und Leser des „Volksfreund“

Berücksichtigt bei euren Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftleuten,

die euere Presse mit Anzeigen unterstützen!

Verkehrsangelegenheiten

Dem Bürgerausschuß sind eine Reihe von Vorlagen zur Beschlußfassung für die am Donnerstag stattfindende Sitzung vorgelegt.

Die Hauptvorlage bildet die Änderung der städtischen Besoldungsordnung und Erhöhung der Gehälter der Beamten...

Erhöhung der Straßen- und Lokalbahntarife

Die Steigerung der Preise für Materialien, elektrische Energie, Löhne und Gehälter bedingen bei der Straßenbahn einen Mehraufwand von 9258 000 M. Um diesen zu decken...

Weitere Vorlagen betreffen sich mit Bekleiderungsangelegenheiten, die Gebühren im Bekleiderungsamt...

Sind Urteile des Mieteinigungsamtes anfechtbar oder nicht anfechtbar?

Leitend gefällter Bestimmung sind Urteile des Mieteinigungsamtes anfechtbar. Die Praxis des Mieteinigungsamtes...

Zu dem am 2. November im „Volksfreund“ von mir geschriebenen Artikel...

Die Entscheidungen des M.E.A. sind nicht anfechtbar; auch ist kein Grund zu einem Wiederaufnahmeverfahren gegeben.

Zur Gegenüberstellung ein anderer Fall: Am 9. September 1921 wurden die Mietparzellen im Hause Ritterstr. 11...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landesstheater

Neu einstudiert: „Der Kaufmann von Venedig“

Es scheint sich immer wieder zu bewahren, was Dullhaupt schrieb, daß dieses „Lustspiel“ durch sich selbst eine warme Anteilnahme des Publikums an der Gesamtbehandlung...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

war mit dem vom M.E.A. bestimmten Mietzins einverstanden. Am 21. Oktober kam nun in gleicher Sache nochmals eine Verhandlung...

Die nachmalige Verhandlung erbrachte aber zum Schrecken des Hausgärtlers, vielleicht auch des M.E.A., gerade das Gegenteil.

Man sieht daraus, im ersten Fall, wo der Mieter im Hintertreffen ist, sind die Entscheidungen des M.E.A. nicht anfechtbar...

Die Entführungsgeschichte als Schwindel entpuppt. In die letzten gemeldete abenteuerliche Entführungsgeschichte durch die Franzosen...

Unfall mit Todesfolge. Der 70jährige Rechnungsrat a. D. R. K. wurde aus eigener Unachtsamkeit von einem Zug der Altbahn überfahren...

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter der Eisenbahnverwaltung...

Veranstaltungen der Naturfreunde. Die Ortsgruppe Anklam des N. Die Naturfreunde eröffnete am Sonntagabend mit einem Lichtbildervortrag ihr Winterprogramm...

Theaterabend des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie der anderen freien Gewerkschaften...

Fahrrad Diebstahl. In den letzten Tagen wurden in hiesiger Stadt wieder mehrere Fahrräder durch unbekannte Täter gestohlen.

Geflügel Diebstahl. In der Nacht vom 21. auf 22. L. M. wurden auf dem Heierheimer Feld durch unbekannten Täter eine Fehlhühner erbeutet...

Studentische Kausuberei. Wie der Polizeibericht meldet, wurde durch eine Polizeistreife in der Poststraße ein Student dabei ertappt...

Ein großes „Nordisches Orchesterkonzert“ veranstaltet die Stadtgemeinde nächsten Samstag, dem 26. d. M., abends 7 1/2 Uhr...

fischen: Frau Ellen Overgaard aus Kopenhagen (Sopran), die kürzlich bei ihrem erstmaligen Auftreten in hiesiger Stadt große Erfolge erzielt hat...

Am Stadtpark sind noch immer einige Abteilungen des Pflanzen-Schauhauses mit den so üppig und herrlich blühenden Chrysanthemem gefüllt.

Im Landesgewerbeamt, Karl-Friedrichstraße 17, werden zurzeit die aus einem Wettbewerb hervorgegangenen Grabkreuze und Gedenkzeichen aus Holz ausgestellt...

Der Tierfängerverein veranstaltet am Mittwoch, den 23. November, um 8 Uhr im Saale der „Vier Jahreszeiten“ einen Vortrag...

Frauenvortrag. Ueber Frauenkrankheiten und deren Behandlung spricht Frau Dr. Braumann am nächsten Freitag, abends 8 Uhr...

Valuta-Bericht vom 22. November

Der Markkurs an der Schweiz notierte heute etwa 187 Cts. Aufzahlung Holland notierte 90 M per holl. Guld...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. November 1921

Vorausichtige Witterung: Meist trüb und neblig, trocken, leichter Frost.

Masacrotand des Rheins

Schiffersinsel 70, Kopf 159, Rayon 826, Mannheim 180, gef. 1 Zm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Wilh. Hed von Durmersheim, Maler hier, mit Stefanie Kühn von Dellheim. Frdr. Kaplar von Forzheim, Elektronenteur hier, mit Margaretha Hörner von Wertheim...

Geburten. Walter, E. Sch. Div. Versicherungsdirektor. Hans Helz Peter, E. Lud. Geisenböcker, Kaufm. Walter Herber, E. Franz Gehrig, Kaufm. Walter Herm, E. Frz. Klippstein...

Der Tangabend Hedwig Matthebaum führte eine Künstlerin vor die Tanginteressenten, die weniger dem gemündlichen Geschmacks genügen konnte...

1. Kongreß der religiösen Sozialisten. Der Bund religiöser Sozialisten lädt zu seinem 1. Kongreß am 26. und 27. November...

Der Theaterkulturverband hatte am Dienstag seine Mitglieder zu einer Reitation des Dramas „Der Einsame“ von Hoff eingeladen...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Die beiden heterogenen Elemente des Stückes, die trotz realistische Indulgente und das phantastisch-wägenhafte...

Letzte Nachrichten

Von der Washingtoner Konferenz

Schluss der Rede Briands

Washington, 22. Nov. Briand fortsetzend: Der bayerische Ministerpräsident hat jüngst sagen können, daß er eine Armee von 300 000 Mann zur Verfügung habe, mit ausreichendem Kriegsmaterial versehen. Gewiß, diese sei aufgelöst. An der Spitze der Regierung befindet sich ein Mann, den er für aufrichtig und loyal halte. Das sei Dr. Witt. Seine Anstrengungen, die unterzeichneten Verpflichtungen zu erfüllen, seien ehrlich. Es handle sich aber um eine schwache Regierung. Deutschland habe insgesamt 250 000 Mann zur Verfügung. Er frage das amerikanische Volk, ob es seine Augen vor einer solchen Gefahr verschließen würde. Man sage, Deutschland habe kein Material mehr. In Deutschland sei noch alles vorhanden, um Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre zu fabricieren.

Nach Briand ergriff Balfour das Wort und erklärte, daß die freimütigen Erklärungen Briands über die Beunruhigungen und Befürchtungen Frankreichs von allen Mitgliedern der Konferenz voll gewürdigt würden. Balfour erkannte mit Trauer an, daß die Rede, die Briand gehalten habe, im Augenblick keinen ermutigenden Ausblick für die Lösung der Frage der militärischen Abrüstung gebe. Briand befürchte, Frankreich könne sich moralisch isoliert fühlen. Das wäre tragisch. Die Freiheit der Welt im allgemeinen und die Frankreichs im besonderen, müsse gegen jede herrschsüchtige Politik der Frankreich benachteiligten Nationen sichergestellt werden.

Schanzer, der italienische Delegierte, teilt mit, daß die italienische Regierung die Frage neuer Herabsetzungen prüfe.

Admiral Kato erklärt für Japan, Japan wolle für sein Meer nur die für die Staatsverteidigung durchaus nötigen Streitkräfte.

Schließlich überwiegt die Konferenz die Frage der Abrüstung zu Gunsten der Kommission der Delegierten der fünf Großmächte, die schon mit der Frage der Secabrüstung beschäftigt ist.

Befestigung der „Deutschen Werke“ durch ausländische Pressevertreter

Berlin, 22. Nov. Unabhängig von dem gestrigen Besuch des Generals Nollet besuchten am 21. in Begleitung einiger Herren des Auswärtigen Amtes Vertreter der ausländischen Presse, und zwar Amerikaner, Holländer, Dänen, Russen, Engländer, Italiener, Rumänen, Chinesen und Japaner die Deutschen Werke in Spandau und Havelhorst. Die Herren konnten sich davon überzeugen, daß die Werke mit der Fabrication von Kriegsmaterial nicht nur nicht das geringste zu tun haben, u. die angeordneten Befestigungsmaßnahmen jeder sachlichen Begründung entbehren, sondern auch, daß die Zurücknahme der betreffenden Entennote unbedingt erforderlich ist, wenn nicht schwere wirtschaftliche Schädigungen, insbesondere Entlassung von Tausenden von Angestellten und Arbeitern zur Wirklichkeit werden sollen.

Eine Studienreise auf Veranlassung der Gewerkschaften

München, 22. Nov. Eine Reihe von hervorragenden Vertretern der Regierungen, wirtschaftlichen Organisationen und der Presse, die an der soeben beendigten internationalen Arbeitskonferenz in Genf teilgenommen haben, sind unter der Führung des früheren Wirtschaftsministers Wiffel hier eingetroffen. Sie werden eine mehrwöchige Studienreise durch Deutschland unternehmen. Die Reise erfolgt auf Einladung der deutschen Gewerkschaften, um den maßgebenden Vertretern der Öffentlichkeit des Auslandes einen Einblick in die Verhältnisse Deutschlands und den Erfüllungswillen des deutschen Volkes zu geben. Vertreter aus Brasilien, Kanada,

Die Plünderungen in Berlin

Berlin, 22. Nov. Im Laufe des heutigen Vormittags kam es der „Dtsch. Wochenschr.“ zufolge zu Plünderungen in Berlin-Weißensee. Eine Großschlachtereier wurde gänzlich ausgeraubt. 40 Plünderer wurden von der Polizei verhaftet.

Berlin, 22. Nov. Ein Erlass des Polizeipräsidenten verbietet aus Anlaß der Plünderungen von Käben in den letzten Tagen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Straßenmärsche und Straßendemonstrationen.

Berlin, 22. Nov. Infolge der polizeilichen Sicherungsmaßnahmen kam es heute nur vereinzelt zu Plünderungen. Demonstrationen wurden am Wertheimplatz, vor dem Neufährer Rathaus und auf dem Wege nach Weißensee zerstreut. In Weißensee erzwangen Demonstrationen in einer Bäckerei die Auslieferung der Backwaren, eine andere Bäckerei wurde geplündert.

Die Kommunisten gegen die Revolution

Berlin, 22. Nov. Auf Einladung der kommunistischen Organisationen wurde gestern in 5 Versammlungen das Thema „Revolution oder Revolution“. In den Versammlungen beurteilten die Referenten die Berliner Revolution, die eine nutzlose Verpuffung der proletarischen Kraft seien. Nicht sie könnten das Gemeinwohl herstellen, sondern nur eine große Staatsumwälzung werde zum Ziele führen. Sie forderten die Zuhörer auf, sich den hungernden Arbeitlosen anzuschließen und die kleinen Revolutionen zu einer breiten großen Revolution umzugestalten.

Ein neuer Hungerstreik

Berlin, 22. Nov. (Privat.) Nach einer Mitteilung der „Noten Wache“ sind in der Strafanstalt Zehlendorf bei Berlin über hundert politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Auch die politischen Gefangenen der Strafanstalt Neugard haben die Nahrungsaufnahme verweigert.

Berlin, 22. Nov. Der durch Reichstagsbeschluss eingeleitete Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Zustände in den Strafanstalten stellt als Ergebnis seiner Untersuchung in der Strafanstalt Zehlendorf fest: Von keinem der Gefangenen sind Klagen über die Anstaltsverwaltung oder schlechte Behandlung vorgebracht worden. Der Hungerstreik richtete sich lediglich gegen die gestellten Urteile und gegen die Not, die ihre Familien leiden. Es bestand nach Ansicht des ärztlichen Mitglieds des Untersuchungsausschusses eine eigentliche Lebensgefahr für keinen.

Deutsche Wiederaufbaupläne für Rußland

Petersburg, 22. Nov. (Zp. Wsch.) Die Vertreter mehrerer deutscher Industriezweige haben Pläne für einen Wiederaufbau Petersburgs vorgelegt, die von den zuständigen russischen Stellen als annehmbar bezeichnet worden sind. Gegenwärtig finden Verhandlungen über die Bedingungen statt, unter denen der Bau von Wohnhäusern usw. den deutschen Firmen übertragen werden soll. Außerdem sollen sie die Versicherungen für das künftige abgebrannte Petersburger Telefonamt übernehmen. Mit Vertretern amerikanischer Firmen und Organisationen sind

Säbelger Hetze der Franzosen

Strasbourg, 22. Nov. Zur Feier des dritten Jahrestages des Einzugs der französischen Truppen in Elsaß-Lothringen fand am Sonntag in Strasbourg eine große militärische Feier statt, an der auch der französische Kriegsminister Parthou teilmahm. Nachmittags wurde die Parade über die Strasbourg Truppen abgenommen, in deren Kolonnen auch Panzerwagen und große Kanonen mitfuhren. Bei dem Festbankett hielt Parthou eine Rede, in der er u. a. ausführte: Frankreich ist friedlich gesinnt und will nur seine alten Institutionen wieder organisieren, hegt aber keine Herrschaftspläne. Wir werden den Frieden aber nur erlangen durch eine uneingeschränkte Ausführung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages. Seien Sie überzeugt, daß wir nicht über eine Begrenzung der Rüstung diskutieren werden, bevor wir nicht als Bürgerpflicht für die Sicherheit Frankreichs die vollständige Abrüstung Deutschlands herbeigeführt haben. Es regnet fast kein Tag, an dem wir nicht die Feststellung machen können, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. (Man sieht, die Militaristen haben alle seine Herrschaftspläne.) Auch die deutschen Militaristen der wilhelminischen Zeit haben immer so gesagt.)

Ein englischer Arbeiterführer gestorben

London, 23. Nov. Im Alter von 69 Jahren ist der bekannte Führer der englischen Arbeiterbewegung, Hyndman, gestorben.

Abtransport der amerikanischen Truppen

Paris, 22. Nov. Amerikanische Blätter melden, daß in den letzten Tagen Befehle an das Oberkommando der Rheintruppen abgegeben seien, den Abtransport der Truppen einzuleiten. Der erste Transport werde in der nächsten Woche von Antwerpen abgehen. Weitere Transporte sollen im Dezember folgen. Bis März soll die Hälfte der gegenwärtig im Rheinland befindlichen amerikanischen Truppen abtransportiert sein.

Aus der französischen Kammer

Paris, 22. Nov. In der heutigen Kammerdebatte brachte die Kommunisten eine Interpellation ein, die sich auf die sofortige Freilassung der in Paris gewählten Munizipalräte Marxu und Dubina bezieht. Der stellvertretende Ministerpräsident Bonnevay verlangte, daß die Beratung dieser Interpellation erfolgen solle, wenn die vorliegende Tagesordnung erledigt sei. Dagegen sprachen Gadin und nach ihm Verthou, der das Wasse in die Debatte zog und die Behauptung aufstellte, der Präsident der Republik und die Regierung hätten einen illegalen Schritt gegen Ausland geführt. Der Kammerpräsident verlangte darauf, daß der Abg. Verthou diese für die Mitglieder die Regierung beleidigende Behauptung zurücknehme. Verthou verteidigte dies und verwarf die seine Anschuldigungen nach. Auf Antrag des Kammerpräsidenten wird die Senur über ihn verhängt. In diesem Augenblick stimmten die Sozialisten die Internationale an, die 400 bürgerlichen Abgeordneten singen die Marseillaise, so daß der Präsident gezwungen ist, die Sitzung zu schließen, sowie die Tribünen räumen zu lassen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung befindet sich der Abg. Verthou unruhig vor seinen Freunden auf seinem Platz. Die Sitzung dauert fort.

Schiffleutnant Georg Siedlitz. Verantwortlich: für Artikel, Politische Nachrichten Hermann Kadel; für Redaktionspolitik, Aus dem Rande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gesellschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Freund und Feind, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Der bekannt und beliebte Etagen-

Pelz-Verkauf

H. Schorpp Karl-Friedrichstr. 6 1 Trapp

gegenüber dem Schloss-Café-Marktplatz
bringt wieder in grosser Auswahl
gute, echte Leipziger Pelze.
Moderne Formen — Keine minderwertige Massenware — Sehr billige Preise — Keine teure Ladenmiete.

Im eigenen Interesse
bitte genau die Adresse beachten.

Kaufmanns Etagen-Geschäft

für Offenbacher Lederwaren

6" Steinstrasse 6" 6" Steinstrasse 6"

bietet günstige Vorteile beim Einkauf für den Weihnachtsbedarf

Damen-, Besuchs- und Berufstaschen, sowie Aktenmappen, Geldscheintaschen, Zigarren- und Zigaretten-Etuis Brieftaschen und Portemonnaies 7179



Henko

Henkel's Wasch- Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Braut-Kränze

Brautschleier empfiehlt

W. Hims Nachf., Kreuzstr. 4.

Volkshandlung

der sozialdem. Partei befindet sich Adlerstr. 16

Näherem empfiehlt sich im Antriegen v. Damen u. Kinderkleid. b. billiger Berechnung u. schnell. Bedienung. Frau Jauer, Friedrichstr. 9, V.

Ihr Kind ist hochehrfurcht

über eine Perücke aus echt. Haar, die beliebig gekämmt u. irisiert werden kann. Anfertigung auch aus mitgebrachtem Haar.

Puppen-Reparaturen bringen Sie am besten selbst.

Frida Schmidt

Karlsruhe Horrenstrasse Nr. 19 bei der Uhr.

Einkaufs-Genossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. B. H., Sitz Karlsruhe

Unser großer Verkauf

in

Herren-Konfektion

und

Schuhwaren

findet nur noch 7286

diese Woche statt.

Verkaufszeit von 8-12 und 2-5 Uhr.

Werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. 6406

K. Meeser, Kreuzstr. 21, 2. St.

Werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. 6405

G. Meeser, geb. Stürmer, Gebirgsstr. 21, 2. St.

Werden fortwährend zu den allerhöchsten Preisen.

Karl Pfeister, Gebirgsstr. 23, 4. St.

Werden fortwährend zu den allerhöchsten Preisen.

W. Kaier, Kunitzstr. 14, 6. St.

Werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen.

H. Denner, Mühlburg, Gärtnersstr. 11, 6. St.

Schlafzimmer-Bilder

preiswert. Bilder für alle Räume, Spiegel, etc.

Einziges Ansehndlung, Kaiserstr. 28.



Rich. Kittel

Uhrmacher-Meister
Am Stadtgarten, Hauptbahnhof
Telephon 2540. 2540

Moderne
Zimmer-Uhren.

Billigste Bezugsquelle.
Größte Auswahl.
Reparatur - Werkstätte.

Färbe zu Hause

nur mit

Heitmann's Farben

Marke „Fuchskopf im Stern“
Einfach-Praktisch-Billig!

Erhältlich in Drogeriehandlungen und einschl. Geschäften 6538

